



Stellungnahme
des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin –
zum Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – Neuauflage 2016

I. Allgemeine Erwägungen

Die Agenda 2030 stellt einen Meilenstein auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung überall auf der Welt dar. Sie versucht, wirtschaftliches Wachstum, Menschenrechte, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung besser miteinander zu verschränken. Damit folgt sie der seit Jahrzehnten von der Kirche vorgebrachten Forderung nach einer ganzheitlichen Entwicklung. Papst Franziskus hat dieses Anliegen jüngst in seiner im Juni letzten Jahres veröffentlichten Enzyklika „*Laudato Si’ – über die Sorge für das gemeinsame Haus*“ für „jeden Menschen ..., der auf diesem Planeten wohnt“ (*Laudato Si’*, Nr. 3) weiter entfaltet, tiefergehend analysiert und konzeptionell begründet. Erstmals in der Geschichte macht *Laudato Si’* dabei die ökologische Frage zum Gegenstand der Sozialverkündigung der katholischen Kirche. Die zentralen Themen dieser Enzyklika sind die ökologische Krise und ihre Auswirkungen auf die Ärmsten, die „ganzheitliche Ökologie“ als Analyse- und Lösungsansatz, die Notwendigkeit eines anderen Verständnisses von Wirtschaft und Fortschritt sowie die Verantwortung der internationalen Politik.

Mit *Laudato Si’*, aber auch mit seinem ganz persönlichen Einsatz hat Papst Franziskus die Formung und Verabschiedung der Agenda 2030 mitgeprägt. Besonders deutlich wird dies dadurch, dass die in *Laudato Si’* enthaltenen Problemanzeigen und Forderungen die 17 SDGs der Agenda 2030 ganz überwiegend abdecken. Für das Kommissariat der deutschen Bischöfe ist daher *Laudato Si’* Bezugspunkt sowohl für die Auslegung der Agenda 2030 als auch für eine Bewertung der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Für die Möglichkeit, zum Entwurf dieser Neuauflage Stellung zu nehmen, möchten wir danken. Im Folgenden werden wir auf einige ausgewählte Aspekte¹ des Entwurfs der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie eingehen, behalten uns aber weitere Kommentierungen zu einem späteren Zeitpunkt vor.

Wir begrüßen das nationale und internationale Engagement der Bundesregierung für nachhaltige Entwicklung weltweit. Der Bundesrepublik Deutschland kommt bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine wichtige Funktion als Motor notwendiger Veränderungen zu und die Bundesregierung hat bereits gezeigt, dass sie bereit ist, hierfür auch global Verantwortung zu übernehmen. Wir begrüßen daher die Überarbeitung und Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie anhand und im Sinne der Agenda 2030 und ihrer SDGs und halten diese für einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

¹ Für weitere Aspekte verweisen wir insbesondere auf die Ausführungen der Stellungnahme der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, Neuauflage 2016.

Aus *Laudato Si'* ergeben sich jedoch Maßgaben und Anregungen, die in der neuen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie eine stärkere Berücksichtigung finden sollten.

II. Ausgewählte Aspekte

1. Priorität der Bekämpfung von Armut und Hunger

Papst Franziskus' Pontifikat ist geprägt von seiner Sorge um die Armen, um die Menschen am Rande der Gesellschaft, an den Peripherien und außerhalb der Wohlstandszonen. Angesichts globaler sozialer Ungleichheiten, so schreibt er in *Laudato Si'*, verwandelt sich das Prinzip des Gemeinwohls zwingend „in einen Appel zur Solidarität und in eine vorrangige Option für die Ärmsten“ (*Laudato Si'*, Nr. 158).

Diese vorrangige Option für die Armen sollte auch in einer Gewichtung der im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu erreichenden Ziele stärker und durchgehend zum Ausdruck kommen. Auch in der Agenda 2030 hat das Ziel der Beendigung von „Armut in jeder Form und überall“ als erstes von 17 SDGs eine besondere Bedeutung.

In Deutschland war 2014 jeder Fünfte der Bevölkerung (20,6%) von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, im EU-Durchschnitt war es jeder Vierte (24,4%)². Daher ist es zu begrüßen, dass der Entwurf beim Ziel 1 auch die (relative) Armutsgefährdung in Deutschland in den Blick nimmt, auch wenn die vorgeschlagenen Indikatoren (Bereich der Soziale Sicherungssysteme) bisher nicht hinreichend sind. Hier sollten bspw. Indikatoren verwendet werden, die die genauere Betrachtung der Verteilung von Armut(sgefährdung) trotz Arbeit („Working Poor“) und die Rolle von Kinderreichtum bei Armut(sgefährdung) ermöglichen.

Unterentwickelt ist das Ziel 1 des Entwurfs der Nachhaltigkeitsstrategie aber vor allem hinsichtlich einer konkreteren Befassung mit den global von Armut betroffenen oder gefährdeten Menschen. Es fehlen an dieser Stelle Angaben zu geplanten Maßnahmen, Indikatoren und auch Querverweise auf die Rolle anderer Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie. Der Verweis auf das „Leave no one behind“ – Prinzip ist unzureichend, zumal dieses trotz seiner Schlüsselfunktion in der Agenda 2030 lediglich als kurz gehaltener Aspekt des Ziel 1 des Entwurfs der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie behandelt wird. Der Bekämpfung von Armut und Hunger auf der Welt sollte vielmehr im Sinne der vorrangigen Option für die Ärmsten gegenüber allen anderen Nachhaltigkeitszielen Priorität eingeräumt werden. Dieses Ziel sollte alle anderen Ziele durchdringen und sich in den geplanten Maßnahmen und Indikatoren, insbesondere solchen mit internationalem Bezug, widerspiegeln.

2. Indikatoren für Wechsel- und Nebenwirkungen

Dabei steht eine Priorisierung der Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt, der Nachhaltigkeitsziele 1 und 2, nicht im Widerspruch zu einer effektiven Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Klimawandel, dem Nachhaltigkeitsziel 13. „Wir kommen (...) heute nicht umhin anzuerkennen“, so schreibt Papst Franziskus in *Laudato Si'*, „dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“ (*Laudato Si'*, Nr. 49). Umweltschutz, Klimawandelbekämpfung und der globale Kampf gegen Armut und Hunger gehören

² Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 407 vom 5.11.2015.

zusammen, denn sowohl der Verfall der Umwelt als auch die Folgen des Klimawandels schädigen in besonderer Weise die Schwächsten des Planeten (*Laudato Si'*, Nr. 48).

Aus der Perspektive der ganzheitlichen Ökologie – dem Denken in Beziehungszusammenhängen – heraus sind daher auch ganzheitliche Lösungen für die sozio-ökologische Krise unserer Zeit notwendig, welche die Wechselwirkungen der Natursysteme untereinander und mit den Sozialsystemen berücksichtigen (*Laudato Si'*, Nr. 139). Aus diesem Grund sollte die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie gerade die Aus-, Neben- und Wechselwirkungen, die die Maßnahmen zur Erreichung des einen Nachhaltigkeitsziels auf die Erreichung eines anderen Nachhaltigkeitsziels haben, aufzeigen und mit Blick auf Zielbestimmungen und Indikatoren berücksichtigen. Diesem Anspruch wird der Entwurf der Neuauflage bisher nicht gerecht.

So wird im Entwurf beispielsweise dem bereits dargelegten Konnex zwischen den Nachhaltigkeitszielen 1, 2 und 13 auf internationaler Ebene nicht hinreichend Rechnung getragen. Die für den Kampf gegen den Klimawandel erforderlichen Maßnahmen müssen auf den Schutz und Nutzen insbesondere der Armen dieser Welt ausgerichtet sein und dürfen diesen nicht schaden. Dies hat gerade auch das Unterziel 1.5 der Agenda 2030 im Blick. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie braucht daher Indikatoren, die darstellen, welche Auswirkungen Maßnahmen zur Umsetzung des Ziels 13 auf die Erreichung der Ziele 1 und 2, zur Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt haben. Nur so können Wege gefunden werden auszuschließen, dass Maßnahmen zur Umsetzung des einen Nachhaltigkeitsziels die Erreichung der anderen Nachhaltigkeitsziele konterkarieren. Die Darstellung des deutschen Beitrags zu Klimafinanzierung als Indikator des Ziels 13 sollte daher ergänzt bzw. desaggregiert werden. Es wäre wichtig zu prüfen, welche Auswirkungen diese Finanzierung auf die Armen und auf die verletzlichsten Bevölkerungsgruppen gerade in Entwicklungsländern hat.

Als weiteres Beispiel kann die im Entwurf der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie nicht hinreichend berücksichtigte Verbindung der Nachhaltigkeitsziele 1 und 11 herangezogen werden. Der zwischen diesen Zielen bestehende Konnex ergibt sich daraus, dass es gerade die Ärmsten sind, die aufgrund mangelnden und teuren Wohnraums an den Peripherien der Städte leben, in informellen Siedlungen, in Slums, in Rand- und Gefahrenzonen. Papst Franziskus spricht sich in *Laudato Si'* deutlich dafür aus, die Wohn- und Lebenssituation gerade zugunsten dieser besonders verwundbaren Bevölkerungsgruppen zu konsolidieren und zu verbessern (*Laudato Si'*, Nr. 152) und kritisiert darüber hinaus das Fehlen eines Zugangs aller zu urbanen Gemeingütern wie bspw. den Grünflächen (*Laudato Si'*, Nr. 45). Stadt- und Siedlungsgestaltung im Sinne des Nachhaltigkeitsziels 11 sollte daher auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene besonders die Lebensbedingungen und -bedürfnisse der Ärmsten und Verletzlichsten in den Mittelpunkt stellen. Hierfür sollten die internationalen Aktivitäten der Bundesregierung zur Umsetzung des Ziel 11 auch mit Blick auf ihre Auswirkungen auf diese Bevölkerungsgruppen gemessen und dargestellt werden. Für die Situation in Deutschland ist der vorgeschlagene Indikator der Wohnkosten hilfreich, genügt aber nicht. Der Entwurf selbst hebt die Relevanz des Handlungsfelds der „sozialen Dimension“ der Stadtentwicklung und das Unterziel 11.7 besonders hervor. Dies sollte die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie dann auch mit zusätzlichen Indikatoren, bspw. durch die Darstellung der Beziehung zwischen dem Einkommensdurchschnitt eines Stadtteils und öffentlicher Ausgaben für die soziale und grüne Infrastruktur, unterfüttern.

3. Politikkohärenz

Mit einer besseren Ermittlung, Analyse und Darstellung der Wechsel- und Nebenwirkungen, die die bereits eingeleiteten oder geplanten Maßnahmen der Zielerreichung der Bundesregierung auf die verschiedenen Nachhaltigkeitsziele haben, wird auch eine Voraussetzung für mehr Politikkohärenz in allen von der Agenda 2030 betroffenen Bereichen geschaffen.

Bisher allerdings identifiziert der Entwurf der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie die „Politikkohärenz“ lediglich als „zentrale Anforderung der <<Agenda 2030>>“³, ohne dass er für alle Nachhaltigkeitsziele operationell verwertbare Konsequenzen zieht. Konkret mit Blick auf Maßnahmen der Bundesregierung erörtert wird die „Politikkohärenz“ fast⁴ ausschließlich beim Nachhaltigkeitsziel 17 im Zusammenhang mit Entwicklungspolitik.

Dementsprechend fehlt dem Entwurf der Neuauflage der systematische Blick auf die Kohärenz der übrigen nationalen Politiken untereinander zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele und auf deren Kohärenz mit der Politikgestaltung auf europäischer Ebene. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie braucht aber eine solche Perspektive, da fehlende Kohärenz auch in anderen Feldern als der Entwicklungspolitik zu konterkarierenden Effekten führen kann⁵, wie bspw. auch an den Wechselwirkungen zwischen der deutschen Energiewende und dem europäischem Emissionszertifikatehandelssystem zu sehen ist. Der Entwurf der Neuauflage muss daher bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele systematisch die Kohärenz zu nationalen Politiken, die über die Entwicklungspolitik hinausgehen, und auch zur Europapolitik berücksichtigen.

Dass der Entwurf immerhin an einer Stelle, beim Nachhaltigkeitsziel 17, materiell auf die Kohärenz von Agrar-, Handels- und Entwicklungspolitik eingeht, ist zu begrüßen. Allerdings stellen weder der mit Blick auf die Handelspolitik dargestellte Ansatz noch die dort konkret benannten Maßnahmen der Bundesregierung Politikkohärenz bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele 1, 2 und 17 her. Politikkohärenz bedeutet im Mindestmaß, dass mit deutscher und europäischer Agrar- und Handelspolitik nicht in Entwicklungsländern beschädigt werden darf, was die Entwicklungspolitik wiederaufbauen muss.

Das von der Bundesregierung beim Nachhaltigkeitsziel 17 angeführte Ende der Exportsubventionen stellt insofern einen wichtigen Baustein dar, reicht aber nicht aus. Das Ungleichgewicht zwischen den weiterhin hohen Agrarsubventionen in den Industrieländern und der geringeren Unterstützung für die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern muss korrigiert werden und Landwirten aus Industrie- und Entwicklungsländern echte und faire

³ Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie - Neuauflage 2016, S. 39 [im Folgenden: der Entwurf].

⁴ Im Übrigen wird die Frage der „Kohärenz“ nur zweimal gestellt: einmal im Rahmen eines Prüfungsauftrags beim Nachhaltigkeitsziel 2, in dem untersucht werden soll, inwieweit andere Politikbereiche den Ausbau des ökologischen Landbaus behindern (S. 73 des Entwurfs), einmal als Beschreibung der Folgen der Fortsetzung und Stärkung des Waldforums der Vereinten Nationen, durch das Kohärenz und Synergien zwischen internationalen Prozessen mit Waldbezug gefördert werden (S. 195 des Entwurfs).

⁵ Der Entwurf der Neuauflage selbst sieht einen – aber eben auch nur einen – Prüfungsauftrag beim Nachhaltigkeitsziel 2 vor, mit dem untersucht werden soll, inwieweit der Ausbau des ökologischen Landbaus durch andere Politikbereiche behindert wird (S. 73 des Entwurfs).

Chancen zur Erwirtschaftung eines auskömmlichen Lebensunterhalts eingeräumt werden⁶. Der Abbau von an die Produktionsmenge gekoppelten Subventionen, den die Bundesregierung an dieser Stelle im Entwurf als Maßnahme zur Zielerreichung anführt, ist hierfür wenig relevant, da die heute existenten Subventionen zumeist nicht mehr an die Produktionsmenge gebunden sind. Darüber hinaus muss die Versorgungssituation der Entwicklungsländer vor allem durch den nachhaltigen Ausbau ihrer Eigenproduktion verbessert werden. Dieser Prozess sollte weder durch Agrarexporte der Industriestaaten noch durch EU-Importe an Futterrohstoffen aus Entwicklungsländern gefährdet werden⁷. Alle Anstrengungen für ein nachhaltiges Wachstum der Landwirtschaft und den Aufbau von Wertschöpfungsketten in den Ländern des globalen Südens stoßen an ihre Grenzen bzw. werden zunichtegemacht, wenn die reichen Länder die Märkte mit ihren Billigerzeugnissen überschwemmen⁸. Dabei treibt der Preisverfall in vielen Lebensmittelsektoren auf den globalisierten Agrarmärkten auch unsere einheimischen Landwirte an den Rand ihres Existenzershalts – oder darüber hinaus. Die von der Bundesregierung im Entwurf der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie als Chance für Entwicklungsländer beworbene Handelsliberalisierung kann so nicht zu nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung beitragen. Folgt man dem Konzept einer an ökologischen und sozialen Kriterien orientierten Marktwirtschaft, ist die marktwirtschaftliche Liberalisierung des internationalen Agrarmarktes vielmehr nur in dem Maß verantwortbar, in dem gleichzeitig ein globales Ernährungssicherheitsnetz installiert wird und Mindeststandards des Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzes im WTO-Vertragswerk eingeführt werden⁹.

Das Fehlen von Politikkohärenz spiegelt sich auch in den vorgeschlagenen Indikatoren beim Nachhaltigkeitsziel 17 wieder. Der Indikator 33 (Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen) sagt nichts darüber aus, wo und mit welchem Effekt die Entwicklungsausgaben zum Tragen gekommen sind und wie sie sich beispielsweise auf die Nachhaltigkeitsziele 1 und 2 auswirken. Im vorgeschlagenen Indikator 35 (Deutsche Einfuhren aus LDCs) stellt zwar der Fokus auf die am wenigsten entwickelten Länder in diesem Sinne eine Verbesserung dar. Jedoch bedarf es für eine nachhaltige Entwicklung dieser Länder des Aufbaus eigener, nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen, die sich nicht in der bloßen Quantität von Importen abbilden, sondern in deren Wertschöpfungsgehalt und relativer Wettbewerbsfähigkeit zu anderen importierten oder einheimischen Produkten. Zur Darstellung der Kohärenz von Entwicklungspolitik und Handelspolitik sollten darüber hinaus zusätzliche Indikatoren aufgenommen werden: So sollte die Drittwirkungen existenter und geplanter Freihandelsabkommen der EU, unter ihnen CETA und TTIP, auf nicht an diesen Abkommen beteiligte Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten, dargestellt und ein weiterer Indikator für die Entwicklung von EU-Futtermittel-Importen in Relation zur Eigenlebensmittelproduktion der importierenden Länder eingeführt werden.

⁶ Vgl. Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland / Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft, Bonn 2003, Nr. 59, 61.

⁷ Deutsche Bischofskonferenz, Zur Lage der Landwirtschaft, Bonn 1989, These 3.14.

⁸ Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Den Hunger bekämpfen – Unsere gemeinsame Verantwortung für das Menschenrecht auf Nahrung, Bonn 2012, S. 60.

⁹ Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland / Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft, Bonn 2003, Nr. 60.

4. Zugang zu Ressourcen

Eine Schlüsselrolle für die ganzheitliche Entwicklung hat auch für Papst Franziskus die Landwirtschaft inne. In *Laudato Si'* spricht er sich für eine diversifizierte Landwirtschaft mit Fruchtwechsel aus (*Laudato Si'*, Nr. 180) und lässt zugleich eine gewisse Präferenz für kleinbäuerliche Systeme der Landwirtschaft erkennen, da sie „einen verhältnismäßig niedrigen Anteil des Bodens und des Wassers braucht und weniger Abfälle produzieren“ (*Laudato Si'*, Nr. 129).

Verschiedene Studien belegen dabei, dass Kleinbauern in Entwicklungsländern sogar produktiver als Großgrundbesitzer wirtschaften können, da weniger Land ungenutzt bleibt, eine höhere Pflanzungsrate erzielt wird, nachhaltige Anbaumethoden zur Anwendung kommen und in manchen Fällen bzw. bei entsprechender Unterstützung sogar höhere Erträge bei einzelnen Nutzpflanzen erzielt werden. Neuere Untersuchungen zeigen zudem, dass Kleinbauern besser auf den Klimawandel reagieren können als Großbetriebe. Sie können lokal ausgehandelte und angepasste Lösungen schneller und flexibler umsetzen und somit zur Ernährungssicherheit für sich und ihre Länder als Ganzes beitragen¹⁰.

Die Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 2 in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sollte sich daher in seiner internationalen Dimension stärker mit Kleinbauern in Entwicklungsländern befassen und bestehende oder mangelnde Kohärenzen mit den Nachhaltigkeitszielen 1, 13, 15 und 17 in den Blick nehmen. Wünschenswert wären daher an dieser (Nachhaltigkeitsziel 2) oder anderer (Nachhaltigkeitsziel 13 oder 17) Stelle Indikatoren mit internationalem Bezug, die die Wirkung öffentlicher Entwicklungs- und Klimafinanzierungsausgaben auf die Entwicklung kleinbäuerlicher Strukturen und klimafreundlicher Anbaumethoden in der Landwirtschaft von Entwicklungsländern darstellen.

Zuzustimmen ist dem Entwurf der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie darin, dass mit Blick auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Ernährungssicherheit Rechtsstaatlichkeit, Landnutzungsrechte und der gesicherte Zugang zu Ressourcen für Kleinbauern und familiengeführte Betriebe von großer Bedeutung sind. Hilfreich wären an dieser Stelle Indikatoren mit internationalem Bezug, die den hierauf gerichteten Einsatz der Bundesregierung messbar machen. Für eine *nachhaltige* Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft in Entwicklungsländern besitzen darüber hinaus bodenerhaltende Technologien mit einem begrenzten Einsatz externer Betriebsmittel eine Schlüsselfunktion. Kleinbäuerliche Familienbetriebe verfügen häufig nur über wenig Finanzmittel, so dass der Einsatz von Technologien, die wenige externe Betriebsmittel erfordern, ihnen hilft, Abhängigkeiten und damit verbundene Unsicherheiten zu vermeiden. Eine Steigerung der Produktivität mit Hilfe von Hohertragssorten oder künstlichen Düngemitteln ist daher oft auch wenig nachhaltig.¹¹ Ein Problem entsteht insbesondere dann, wenn gentechnisch verändertes Saatgut lokal angepasste Sorten oder Anbaupraktiken verdrängt und Kleinbauern in eine stärkere Abhängigkeit von kostspieligen externen Betriebsmitteln geraten¹². Auf diese Problematik weist auch Papst Franziskus in *Laudato Si'* hin, wenn er die schwerwiegenden negativen Folgen sozialer, ökologischer und ökonomischer

¹⁰ Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *Den Hunger bekämpfen – Unsere gemeinsame Verantwortung für das Menschenrecht auf Nahrung*, Bonn 2012, S. 53 f.

¹¹ Ebd.

¹² Ebd., S. 48.

Art kritisiert, die bei der Gewährung von Ausschlussrechten an Saatgut zu beobachten sind (*Laudato Si'*, Nr. 134). Der Entwurf der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sollte diese Ressourcenzugangsproblematik besonders in den Blick nehmen und mit Hilfe eines Indikators mit internationalem Bezug darstellen.

5. Planetare Grenzen

Insgesamt zeigt der Entwurf der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bisher nicht mit hinreichender Deutlichkeit die von Deutschland einzuhaltenden Grenzen des Ressourcenverbrauchs und ihre Implikationen für die einzelnen Nachhaltigkeitsziele auf. Eine ganzheitliche Entwicklung allerdings muss die der Schöpfung inhärenten wie auch planetaren Grenzen berücksichtigen. Es ist ihre Missachtung, die die sozio-ökologische Krise unserer Zeit erst verursacht hat (*Laudato Si'*, Nr. 106 ff.).

Der Entwurf der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie greift hier zu kurz. Deutlich wird dies beispielsweise daran, dass beim Nachhaltigkeitsziel 8 das „Gleichgewicht der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie und Soziales)“ zum übergreifenden Ziel der Bundesregierung erklärt wird. Eine solche Balance existiert aber nicht im luftleeren Raum, ihr wird mit den planetaren Grenzen ein Rahmen gesetzt, in dem sie erst konstruiert werden muss und der nicht überschritten werden darf.

In diesem Sinne gehen die Ausführungen zum Unterziel 8.4 beim Nachhaltigkeitsziel 8 und der Vorschlag des Indikators 12 (Gesamtrohstoffproduktivität), genauso wie die Ausführungen zu den zentralen Herausforderungen beim Nachhaltigkeitsziel 12 und des Indikators 24b (Energieverbrauch / CO₂-Emissionen aus dem Konsum privater Haushalte) einen Schritt in die richtige Richtung. Sie bleiben aber vor den entscheidenden Fragen stehen. Entscheidend sind für beide Nachhaltigkeitsziele, 8 und 12, Messwerte des pro Kopf im Rahmen der planetaren Grenzen zu verantwortenden Ressourcengebrauchs und der Einführung dementsprechender Indikatoren. Hierzu gehören bspw. die 2,7 Tonnen CO₂, die nach dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen pro Kopf pro Jahr bis 2050 nur noch für den Verbrauch zur Verfügung stehen, wenn eine Begrenzung des Klimawandels auf 2°C möglich bleiben soll¹³. Erforderlich wären hier Indikatoren für die Darstellung der Differenz zwischen solchen, die planetaren Grenzen aufzeigenden Ressourcenverbrauchswerten und den tatsächlichen Verbrauchswerten pro Kopf in Deutschland, sinnvoll auch Indikatoren zum Aufzeigen der relativen Entwicklung dieser Werte, ihre Zu- oder Abnahme.

Darüber hinaus fehlen dem Entwurf der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeit bei den Nachhaltigkeitszielen 7, 8 und 12 bisher hinreichende Ausführungen zu Maßnahmen zur Förderung von Suffizienz beim Ressourcenverbrauch und der Vorschlag entsprechender Indikatoren. Die Einführung und Implementierung einer deutschen Suffizienzstrategie birgt aber ein großes, bisher nicht hinreichend genutztes Potenzial für die Reduktion des Ressourcenverbrauchs. Suffizienz bedeutet dabei keinen Verzicht auf Lebensqualität. „Genügsamkeit, die unbefangen und bewusst gelebt wird“, schreibt Papst Franziskus in *Laudato Si'*, „ist befreiend. Sie bedeutet nicht weniger Leben, sie bedeutet nicht geringere

¹³ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen, Factsheet Nr. 3/2009, S. 2; diese Berechnung berücksichtigte allerdings nicht das Bevölkerungswachstum und bezieht sich auf eine Weltbevölkerung von 6,9 Mrd. Menschen im Jahr 2009, sie dürfte daher heute nach unten zu korrigieren sein.

Intensität, sondern ganz das Gegenteil.“ (*Laudato Si'*, Nr. 223). Suffizienz setzt auf qualitatives Wachstum und kann Baustein eines neuen ökologischen Wohlstandsmodells sein.¹⁴

6. Wachstum und Kosten

Die planetaren Grenzen setzen gerade auch dem Wachstum Schranken. In *Laudato Si'* fordert Papst Franziskus die „nachhaltige Entwicklung neuer Formen des Wachstums“. Er fordert vernünftige Grenzen für das „unersättliche und unverantwortliche Wachstum, das jahrzehntelang stattgefunden hat,“ und sogar eine Umkehr von diesem Wachstumsansatz, „bevor es zu spät ist“ (*Laudato Si'*, Nr. 193). Es ist dringend erforderlich, den traditionellen, auf das BIP fokussierten Begriff von Wachstum zu einem qualifizierten Wachstumsbegriff weiterzuentwickeln, der die soziale und ökologische Dimension von Wachstum berücksichtigt¹⁵.

Bisher gibt der Entwurf der Neuauflage allerdings keinen Hinweis darauf, dass die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie über den traditionellen Wachstumsbegriff hinausgehen will. Gerade für diese Strategie, die ja eine ganzheitliche Entwicklung fördern soll, erscheint es aber besonders relevant, (wenigstens zusätzlich) mit einem qualitativen Wachstumsbegriff zu arbeiten. Dies sollte sie daher auch tun. Als Ausgangspunkt für die Integrierung dieses Ansatzes in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie stehen der Bundesregierung dabei hinreichend eigene Arbeiten, bspw. der Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ und der „Gut leben in Deutschland“-Prozess, zur Verfügung.

Dabei ist es zu begrüßen, dass sich der Entwurf der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beim Nachhaltigkeitsziel 8 dazu bekennt, dass Deutschland sich insbesondere auch durch die Entkopplung des Einsatzes natürlicher Ressourcen von der wirtschaftlichen Entwicklung zu einer der effizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften weltweit entwickeln soll. Der vorgeschlagene Indikator 12 (Gesamtrohstoffproduktivität) gibt hierfür wichtige Anhaltspunkte, ist aber auch aus anderen als die planetaren Grenzen betreffenden (s.o.) Gründen nur ein erster Schritt. Zusätzlich braucht es einen Indikator mit nationalem und internationalem Bezug, der den Verbrauch von Allgemeingütern, bspw. der Atmosphäre, der Ozeane, von Umweltschäden und Energieeinsatz, aber auch von sozialen Kosten berücksichtigt. Entscheidend ist mit anderen Worten die Messung der bisher externalisierten Umwelt- und Sozialkosten wirtschaftlicher Produktionsvorgänge, um diese perspektivisch zu internalisieren und dem Verursacher aufzuerlegen. Denn, so schreibt Papst Franziskus unter Verweis auf die Enzyklika *Caritas in Veritate* von Papst Benedikt XVI., als ethisch kann nur ein Verhalten betrachtet werden, in dem die wirtschaftlichen und sozialen Kosten für die Benutzung der allgemeinen Umweltressourcen offen dargelegt sowie von den Nutznießern voll getragen werden und nicht von anderen Völkern oder zukünftigen Generationen (*Laudato Si'*, Nr. 195).

Berlin, den 13.07.2016

¹⁴ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), *Der Schöpfung verpflichtet. Anregungen für einen nachhaltigen Umgang mit Energie*, Bonn 2011, Nr. 31 f.

¹⁵ Vgl. hierzu und zu weiteren Kritikpunkten an der Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 8 im Entwurf der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie: Stellungnahme der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, Neuauflage 2016